

## Können Ökosteuern wirklich steuern?

Drei skeptische Thesen – aus der Sicht der  
(Kritik der) Politischen Ökonomie

*Fritz Reheis*

### Vorbemerkungen

Wissenschaft ist zu allererst der Erkenntnis, dann erst der Praxis verpflichtet. Ich werde also kein Plädoyer für diese oder jene Variante von Ökosteuer abgeben, auch nicht abwägen, ob der Verbrauch von Naturressourcen eher bei der Entnahme des Rohstoffs oder bei der Rückführung des Abfalls politisch beeinflusst werden sollte, und nicht, ob dies eher durch Steuern bzw. Anreize oder durch die Ausgabe von Zertifikaten geschehen sollte. Meine skeptischen Thesen fallen vielmehr bewußt mindestens einen Schritt hinter den herrschenden finanzwissenschaftlichen Diskussionsstand – wie er hier in den Beiträgen von Elmar Stöß, Alexander Becker und Ronnie Schöb/Stephan Panther beispielhaft vertreten ist – zurück. Im Gegensatz zu deren Fragestellungen, die die Eignung der jeweiligen Instrumentarien in Hinblick auf verschiedene wirtschaftspolitische Zwecke betreffen, werde ich diese Instrumente als Varianten ein und desselben marktorientierten Ansatzes in der Umweltpolitik behandeln. Die herrschende Lehre nennt solche sanften Formen des Eingriffs ins Marktssystem “Internalisierung externer Effekte”.

Meine Skepsis richtet sich generell gegen Internalisierungsversuche: Ich traue ihnen nicht zu, daß sie in der Lage sein könnten, das Steuer des “Raumschiffs Erde” noch rechtzeitig herumzureißen. Die drei folgenden Thesen sind das Resultat einer explizit nicht-technologischen Perspektive: der Perspektive der Politischen Ökonomie im ursprünglichen Sinn<sup>1</sup>. Darunter verstehe ich – im Gegensatz zu Alexander Becker – eine Perspektive, die sich erstens zu einer kompromißlos ganzheitlichen Herangehensweise an den Gegenstand bekennt, die sich also nicht in eine Disziplin oder gar Modellsprache einsperren läßt; die sich zweitens keinem anderen Interesse als dem der Erkenntnis verpflichtet weiß, also keinerlei apriorische Verwertbarkeitsansprüche akzeptiert – bei denen ja immer eine gehörige Portion praktischer Rahmenbedingungen vorausgesetzt wird. Es liegt in der Natur dieser Perspektive, daß reinrassige Ökonomen oder gar überzeugte Neoklassiker mit ihr erhebliche Verständnisschwierigkeiten haben.

<sup>1</sup> Blättner, F. (1970).

Die erste These betrifft die realen Voraussetzungen für solche Internalisierungsinstrumente (Sachebene), die zweite die theoretischen Voraussetzungen für das diesen Instrumenten zugrundeliegende Verständnis von Ökonomie (Theorieebene), die dritte die diesem Verständnis zugrundeliegenden paradigmatischen Voraussetzungen (Metatheorieebene).

**These 1: Die staatliche Besteuerung des Naturverbrauchs (Rohstoffentnahme und/oder Abfallrückgabe) kann die Zerstörung der Lebensgrundlagen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr rechtzeitig stoppen und so die Defizite des Wirtschaftssystems nicht mehr kompensieren. Denn staatliches Handeln folgt ähnlich wie das wirtschaftliche unökologischen, wenn nicht sogar antiökologischen Maximen.**

Die erste Maxime: Ziel allen staatlichen Handelns ist die Maximierung staatlicher Macht. Analog zum weltweiten Verteilungskampf der Wirtschaftssubjekte um Absatzmärkte findet nämlich ein weltweiter Verteilungskampf von politischen Subjekten, d. h. verschiedenartigsten Gebietskörperschaften mit unscharf begrenzten Gewaltmonopolen, vereinfacht Staaten genannt, um die jeweilige Abgrenzung dieser Gewalt, um Macht statt. Dieser Wettbewerb um politische Macht diktiert ihnen das Gesetz ihres Handelns und vor allem des Zeithorizonts ihrer Planung. Ekkehart Krippendorff hat diese "Pathologie der Staatsraison" am historischen Material detailliert nachgewiesen, insbesondere die fatale Logik der "politischen Unvernunft", die unausweichliche Zuspitzung der Staatsraison in Hochrüstung und Krieg<sup>2</sup>. Es wäre ein reiner Zufall, wenn dieser der Machtlogik gehorchende Zeithorizont mit dem identisch wäre, den die Natur aufgrund ihrer Gesetzmäßigkeiten bräuchte, die etwa in der Regeneration von Energieträgern oder der Absorptionsfähigkeit der Luft in bezug auf Abfall bestehen. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß staatliches Planen aus Angst um mögliche Machteinbußen um Dimensionen kurzfristiger ist als natürliche Regelkreise. Das politische Gefangenendilemma ist schuld daran, daß Bürgermeister ihre Gemeinden mit Industrieansiedlungen zupflastern und Verteidigungsminister ihre Hoheitsgebiete (und nicht nur die) mit Massenvernichtungstechnik. Langfristige Naturschutzkriterien haben gegenüber kurzfristigen Haushalts- und Sicherheitskriterien kaum eine Chance.

Die zweite Maxime: Während Machtmaximierung den Staaten als Spielregel von außen auferlegt wird und so für alle bei Strafe ihres Untergangs verbindlich ist, wird die zweite Maxime von innen bewirkt, betrifft so auch nur einen Teil der Staaten. Die allerdings gelten als die am weitesten entwickelten und sind somit vorbildfähig: Staaten, die über pluralistische Willensbildungsstrukturen verfügen, in denen staatliches Handeln also das Resultat von relativ autonomen Prozessen der Organisierung und Durchsetzung von Interessen ist. Es ist längst Schulbuchwissen, daß diese Prozesse die bedenkliche Tendenz haben, gesellschaftliche Interessen asymmetrisch zu politischer Geltung zu bringen, sie bevorzugen homogene Kleingruppeninteressen gegenüber heterogenen Großgruppeninteressen<sup>3</sup>. Da das Interesse an der Erhaltung der

<sup>2</sup> Krippendorff, E. (1985).

<sup>3</sup> Dieser Befund findet sich bei konservativen Staatsrechtlern wie linken Systemanalytikern. Siehe z.B.: Forsthoff, 1971, S. 120; Offe, 1972, S. 145 ff.

Lebensgrundlagen das wohl heterogenste Großgruppeninteresse ist, das sich denken läßt, stehen seine Realisierungschancen denkbar schlecht.

Die dritte Maxime: Pluralistische Staaten haben in der Regel repräsentative Verfassungen, ihr Handeln ist also zu einem erheblichen Teil Resultat von Wählerentscheidungen. Das Wahlverhalten ist Ergebnis von Prozessen der politischen Sozialisation, und diese hängt unstrittig ganz stark mit Alltagserfahrungen zusammen. Alltagserfahrungen in kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaften sind entscheidend durch Konkurrenz und Fremdbestimmung am Arbeitsplatz bestimmt. Diese Erfahrungen erzeugen und erfordern ein sozialpsychologisches Verhaltensmuster, das mit den Begriffen soziale Gleichgültigkeit oder Egozentrismus gekennzeichnet werden muß. Genau deshalb hat man das Marktsystem ja als moralisch besonders anspruchlose Form der Vergesellschaftung gepriesen, als eine Ordnung, die selbst unter "Teufeln" noch funktioniert. Daß auch das etwa in Deutschland seit vielen Jahrzehnten Jahren bewährte System der sozialen Sicherung nur dank seiner geringen Solidaritätsanforderungen so stabil ist, hat Claus Offe vor kurzem überzeugend dargestellt; gleichzeitig hat er aber auf einige Legitimationsprobleme hingewiesen, die in letzter Zeit immer deutlicher werden und sich genau aus dieser moralischen Anspruchslosigkeit ergeben<sup>4</sup>. Wie aber unter solch moralisch Anspruchslosen ein kollektives Verantwortungsbewußtsein für die kommenden Generationen, für das Überleben der Spezies entstehen soll, das sich dann in ethisch oder ökologisch geprägten politischen Wahlpräferenzen äußern könnte, bleibt ein Rätsel. Es ist nur allzu konsequent, wenn die egozentrisch sozialisierten Wähler auch von den Gewählten erwarten, daß sie eine nationalzentrierte (oder im gegenwärtigen und zukünftigen Europa: eine eurozentrierte) Politik im Interesse der gegenwärtig Lebenden betreiben. Realistische Umweltpolitik würde im krassen Gegensatz dazu gewaltige weltweite Umverteilungsprozesse zwischen Nord und Süd notwendig machen, nicht nur wegen der regional qualitativ und vor allem quantitativ unterschiedlichen ökologischen Problemlagen, sondern auch aus der Erfahrung heraus, daß erst ab einem bestimmten Wohlstandsniveau Umweltpreferenzen und eine entsprechende politische Kultur, die ihnen zum Durchbruch verhelfen könnte, entstehen kann<sup>5</sup>.

Selbst wenn sich staatliches Handeln im Einzelfall einmal nicht von diesen drei Maximen – Machtmaximierung, Kleingruppenorientierung, gegenwartsbeschränkter Nationalismus – leiten ließe, müßte befürchtet werden, daß die Spielregeln des Weltmarkts eine gutgesinnte einzelstaatliche Umweltpolitik zu ganz unerwünschten Konsequenzen verkehren würden. Denn sollte es ein Staat tatsächlich zustandebringen, etwa qua Ökosteuer bei einer bestimmten Ressource für einen relativ zu anderen Staaten pfleglicheren Umgang auf seinem Hoheitsgebiet zu sorgen, würde die Nachfrage nach dieser Ressource sogleich um einen entsprechenden Anteil zurückgehen, der Marktmechanismus würde dies – *ceteris paribus* – durch fallende Preise quittieren und somit andere Nachfrager umso mehr zum Verbrauch ebendieser Ressource anreizen. Der Verzicht reicher Industriestaaten auf den Import von Edelhölzern als Rohstoff für die Möbelfertigung könnte z. B. dazu führen, daß arme Entwicklungsstaaten ebendiese

<sup>4</sup> Offe, C. (1990).

<sup>5</sup> Ryll, A./Zimmermann, K., 1989, bes. S. 54 ff.

Edelhölzer als Bau- oder gar Brennmaterial verwenden. Dieser dem Marktsystem geschuldete Paralyseeffekt ist auch deshalb wahrscheinlich, weil reiche Staaten Substitutionsmöglichkeiten haben, sich Ökologie und Ethik locker leisten können, die armen jedoch nicht.

Daß die realen politischen Voraussetzungen für eine das Marktversagen ausgleichende Umweltpolitik nicht gegeben sind, läßt sich auch empirisch erhärten. So hat etwa der bundesdeutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen nach zwanzigjähriger Tätigkeit feststellen müssen, daß zwar alle großen Umweltfragen seit vielen Jahren gründlich durchgearbeitet seien und man stets auch zu einstimmigen Empfehlungen an die Politik gekommen sei, daß man aber fast ebensolang deren Vollzugsdefizit beklagen mußte und nun die Gewißheit habe, daß einfach der politische Wille fehle, Einsichten in die Praxis umzusetzen. (SZ vom 31.3./01.04.90) Kein geringerer als Ernst Ulrich von Weizsäcker, der ehemalige Direktor am UNO-Zentrum für Wissenschaft und Technik in New York und gegenwärtig Leiter des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn, schildert in seinem Buch "Erddpolitik", wie Vorstands- und Betriebsratsvorsitzende vieler großer Unternehmen umweltpolitische Maßnahmen erfolgreich verhindern können, obwohl sich das Parlament dem Wähler gegenüber schon lange zur Durchführung dieser Maßnahmen verpflichtet hat. Und zur globalen Dimension: Die seit einigen Jahren beobachtbaren und für die Zukunft prognostizierten bescheidenen Einsparungen an Energie bzw. Reduzierungen von Kohlendioxidausstoß in den Industrieländern werden durch die erheblichen gegenteiligen Entwicklungen in Osteuropa und der Dritten Welt mehr als kompensiert (z. B. SZ vom 24.04.90); und internationale Konferenzen scheitern regelmäßig an der Angst der Beteiligten, Souveränitätseinbußen zu erleiden, so etwa die Umweltkonferenz von Bergen im Mai dieses Jahres, als die USA sich weigerten, den Entwicklungsländern mit läppischen 100 Millionen Dollar den FCKW-Ausstieg zu erleichtern, um nur ja keinen Präzedenzfall zu schaffen (SZ vom 17.05.90).

**These 2: Die Hoffnung auf die Wirksamkeit von Instrumentarien zur Internalisierung externer Effekte gründet sich auf eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie, die als Erklärungsmodell im Laufe der letzten 150 Jahre immer fragwürdiger geworden ist. Es ist für jeden vorvoreingenommenen Betrachter immer deutlicher erkennbar geworden, daß sich diese Art der Beschreibung und Erklärung von Wirtschaft allein durch Immunisierungsstrategien am Leben erhalten konnte bzw. kann und angesichts der sogenannten Umweltkrise eigentlich schon längst den wissenschaftlichen Offenbarungseid leisten müßte.**

Sollte das zweifache Wunder geschehen, daß die Verwalter von Staatsraison bzw. ihre Auftraggeber die skizzierte Borniertheit überwinden und der Weltmarkt solch abweichendes Verhalten nicht sogleich bestraft, stellt sich als nächstes folgende Frage: An welchem theoretischen Konzept orientieren sich die politischen Entscheidungsträger, wenn sie festlegen müssen, welche Ressourcen in welchen Mengen bzw. Geschwindigkeiten zur Nutzung freigegeben werden dürfen. Die Vertreter von Internalisierungsstrategien bauen auf die neoklassische Gleichgewichtstheorie als Orientierungsbasis für die umweltpolitische Erkenntnis und auf das Marktmodell als Orientierungsbasis für

die umweltpolitische Praxis. Dabei ist man von der prinzipiellen Kompatibilität von Naturzusammenhängen und Marktprozessen aus einem zweifachen Grund überzeugt: Erstens zwingt die Marktwirtschaft qua Konkurrenz die Produzenten zur Kosteneinsparung und damit zum sparsamen Umgang mit allen Produktionsfaktoren, also auch mit den natürlichen Ressourcen; ökonomische und ökologische Effizienz seien also prinzipiell identisch. Zweitens garantiere die Marktwirtschaft aufgrund dieser überlegenen Effizienz hohes Wachstum, und dieses führe einerseits zur Bereitstellung ausreichender Mittel für die Produktion von Umweltgütern, erzeuge andererseits auch entsprechende Präferenzen und damit eine zentrale Voraussetzung für die entsprechende Nachfrage nach diesen Gütern.

Gegen diesen Harmoniegllauben muß aus der generalistischen Perspektive der Politischen Ökonomie (im ursprünglichen Sinn) dreifache Skepsis angemeldet werden. Erster Grund: Wer ohne selbstauferlegte Scheuklappen die Geschichte der Markttheorie zur Kenntnis nimmt, muß feststellen, daß die Voraussetzungen dieser rund zwei Jahrhunderte alten Theorie mit der Zeit immer kontrafaktischer geworden sind<sup>6</sup>. Die Freiheitsvoraussetzung, in der Sprache der Ökonomen Unabhängigkeit der Präferenzen genannt, wird zum einen durch zunehmend verdichtete und fremdbestimmte Sozialisationsprozesse zerstört. Im Gegensatz zur frühkapitalistischen einfachen und isolierten Warenproduktion wirken heute bekanntlich eine Vielzahl von Arbeitnehmern unter fremdem Kommando am Arbeitsplatz zusammen, und die dabei stattfindenden Sozialisationsprozesse – die freilich nur dem Generalisten auffallen können – setzen sich in ähnlicher Form fort, nachdem der Arbeitsplatz verlassen und der Platz vor dem Fernseher eingenommen ist. Von unabhängigen Präferenzen kann nur sprechen, wer nur sein Modell, nichts aber von der realen Welt gelten lassen will. Zum anderen werden Präferenzen heute im Gegensatz zu früher in ihrer Wirksamkeit weitgehend durch die Innovationsgeschwindigkeit bei Produkten entmachtet. Präferenzen können ja bekanntlich nur existierende Güter beinhalten, ein Großteil der ökonomisch relevanten Güter wird aber zunächst von den Produzenten in immer längeren Vorbereitungsphasen entwickelt, ehe sie auf den Markt kommen und ggf. zum Gegenstand von Präferenzen werden können. Einen Markt für solche Zukunftsgüter gibt es aber nicht, für immer mehr Güter kann es also keine Konsumenten-souveränität geben. – Auch die dem Paradigma zugrundeliegende Gleichheitsvoraussetzung, in der ökonomischen Theorie gleicher Marktzugang genannt, wird immer kontrafaktischer. Im Gegensatz zur Welt der einfachen Warenproduzenten, deren ökonomische Potenzen einander noch recht ähnlich waren, unterscheiden sich heutige Unternehmen bekanntlich in ihren Potentialen ganz erheblich, besonders deutlich an ihrem völlig ungleichen Zugang zum Kapitalmarkt erkennbar. Die herrschende Lehre spricht vom Gesetz der steigenden Skalenerträge, dessen Gültigkeit jedoch angeblich stark eingeschränkt sei.

Eine genauere ideengeschichtlich-ideologiekritische Rekonstruktion der Marktidee, die im übrigen nur eine Anwendungsvariante des universelleren sozialwissenschaftlichen Konkurrenz-Gleichgewicht-Paradigmas ist, das im Zusammenhang mit der Genese der Neuzeit historisch auf den Plan trat, zeigt, daß das Verhältnis von Idee und Realität drei Phasen durchlaufen hat, in denen die Paradigmavertreter je konträre Gel-

<sup>6</sup> Vgl. z. B. Vogt, W. (1973).

tungsansprüche mit ihren Konstruktionen verbunden haben<sup>7</sup>. In der ersten Phase, der aufklärerischen, beanspruchte man normative Geltung, d. h. man war davon überzeugt, daß die Voraussetzungen des Marktsystems in der Menschennatur selbst verborgen seien und es nur darauf ankomme, sie in einem Gesellschaftsvertrag allgemein anzuerkennen. In der zweiten Phase, der frühliberalen oder klassischen, meinte man, diese Voraussetzungen bereits empirisch vorfinden zu können. Heute, genötigt durch die unablässig zunehmenden Kontrafaktizitäten, bescheidet man sich damit, den Voraussetzungen der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie einen lediglich heuristischen Wert zuzumessen. Im Übergang von der zweiten zur dritten Phase fand also ein Rückzug der Theorie von der Realität statt, einer Immunisierungsstrategie folgend, die die Glaubwürdigkeit dieses Erklärungsansatzes erschüttern muß. Die neoklassischen Markttheoretiker räumen heute ein, daß die Voraussetzungen des Marktsystems entgegen dem natürlichen Lauf der Dinge permanent erst durch aktive Sozial- und Wirtschafts-, Konjunktur- und Struktur-, Entwicklungs- und schließlich auch Umweltpolitik „künstlich“ hergestellt werden müssen, leugnen aber, daß dies eine völlige Umkehrung des Verständnisses von Marktwirtschaft bedeutet.

Zweitens: Der Ideologieverdacht liegt erst recht auf der Hand, wenn man die Probe aufs Exempel macht und die neoklassische Markttheorie als Explanans zur Erklärung empirischer Preise oder empirischer Allokationsergebnisse ernstnimmt. Die Preise für Erdöl etwa, der Basisressource der Industriekultur, muß der Markttheoretiker aus der Knappheit und Begehrtheit von Öl ableiten, die Allokation von Verkehrsmitteln (z. B. beständig zunehmender Anteil des Straßenverkehrs, Entwicklung des Hochleistungsautos) aus den Rationalitätseigenschaften des Marktsystems. Solche Erklärungen mögen zwar die Legitimationsbedürfnisse der von Öl- und Autoproduktion Profitierenden befriedigen, haben aber sehr wenig mit den realen Voraussetzungen der betreffenden Phänomene zu tun.

Drittens: Aufgrund dieser beiden Befunde zur Fragwürdigkeit der Markttheorie kann es kaum noch verwundern, daß sie angesichts der Herausforderungen des gegenwärtigen Umweltproblems hoffnungslos überfordert ist. Beispiele finden sich in der herrschenden Lehre an vielen Stellen. So macht Dieter Cansier anscheinend die Natur selbst mitverantwortlich, wenn er unsere Probleme mit ihr auf die „Diskrepanz zwischen Schadstoffemissionen und natürlichem Selbstreinigungsvermögen der Umwelt“ zurückführt<sup>8</sup>. Die dieser Diskrepanz sachlogisch vorausgehende Diskrepanz zwischen Rohstoffentnahme und natürlichem Rohstoffreproduktionsvermögen ist Cansier im übrigen offensichtlich kein Problem. Lutz Wicke ignoriert naheliegendste und jedem bekannte gesellschaftlich-ökologische Wirkungszusammenhänge, wenn er zwischen „wirtschaftssystembezogenen“ und anderen Ursachen des Umweltproblems unterscheidet und dabei den letzteren bezeichnenderweise Faktoren wie „Bevölkerungswachstum“, „Verstädterung“, „umweltungünstiger technischer Wandel“ und „umweltungünstiges menschliches Verhalten“ zuordnet<sup>9</sup>. Als Gefangener des Marktmodells muß Wicke dies freilich tun, weil es in diesen Fällen ja um mensch-

<sup>7</sup> Reheis, 1986, S. 119-149.

<sup>8</sup> Cansier, 1975, S. 9-15.

<sup>9</sup> Wicke, 1989, S. 27-58.

liches Entscheidungsverhalten geht, das gemäß dem Marktmodell durch exogene, freie Präferenzen erklärt werden muß. Im Annahmenapparat der Modelle von Stöß und Schöb/Panther zeigt sich dieses Überfordertsein der Markttheorie angesichts der Umweltthematik dort am deutlichsten, wo es um den aus einfachsten Marktmodellen bereits hinreichend bekannten modellspezifischen Umgang mit dem Faktor Zeit geht. Im "möglichst einfach" gehaltenen Modell von Stöß gilt Energie als nicht erschöpfbare Ressource, und die Verteuerung von Energie hat auch keinen Einfluß auf die Abbaugeschwindigkeit der Energievorkommen (S. 144, in diesem Band). Der durch privaten Energieverbrauch eines Haushalts entstehende Schadstoff wirkt sich – so Stöß (ebd.) und Schöb/Panther (S. 168, in diesem Band) – anscheinend ohne zeitliche Verzögerung auf den Nutzen anderer Haushalte aus, so daß der Steuerreformer nur mehr den Nutzengewinn des ersten und den Nutzenverlust der anderen miteinander vergleichen muß, um die richtige Steuerhöhe festlegen zu können. Daß Ozonlöcher, Treibhauseffekte und Artenschwund einige Zeit benötigen, um voll wirksam werden zu können, scheint aus modelltechnischen Gründen unerheblich. Die Markttheoretiker haben sich ja lange vor dem Auftreten von umweltökonomischen Fragestellungen daran gewöhnt, mit "unendlich schnellen" Geschwindigkeiten bei der Anpassung von Preisen an Mengen zu kalkulieren, warum sollte dies heute nicht mehr möglich sein.

**These 3: Der neoklassischen Theorie liegt ein Paradigma zugrunde, das die Vernetzungen in der natürlichen und sozialen Realität erst zerstört, ehe es zur Erklärung dieser Realität anhebt. Bei der Thematisierung des Sozialen macht dieses Paradigma darüberhinaus das zum Ausgangspunkt, was die Menschen zu tun glauben (daß sie nämlich ihren Nutzen maximieren) und nicht das, was sie tatsächlich tun und tun müssen.**

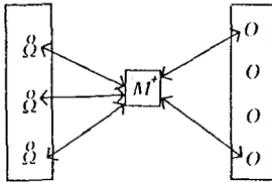
Was steckt hinter der skizzierten "Modellierung" von Natur, die aus der generalistischen Sicht der Politischen Ökonomie (in ihrem ursprünglichen Sinn) als völlig abstrus erscheinen muß? Es ist der dank der Grundstruktur der Markttheorie dem Theoretiker auferlegte Zwang, Ressourcen genauso parzellieren zu müssen wie die Präferenzen. Beide sollen ja als exogene Größen in das Marktsystem eingehen, und es muß immer wieder von neuem bewiesen werden, daß allein durch die Größenänderung einer Präferenz oder einer Ressource aufgrund der Wunderkräfte des Marktes, ergänzt durch marktsimulierende Politik, die Grundfragen des Wirtschaftens optimal gelöst werden können<sup>10</sup>. Dieser methodologische Individualismus und Parzellismus gerät in einen immer schrofferen Gegensatz zur Realität, sobald man die faktisch zunehmende Vernetzung auf beiden Seiten zur Kenntnis nimmt. Eine Vernetzung der Präferenzen miteinander und der Ressourcen miteinander, die zudem nicht zufällig, sondern systematisch notwendig immer weiter voranschreitet. An der Wiege der Marktwirtschaft, unter "idyllischen" Bedingungen, mag es ja tatsächlich einmal so gewesen sein, daß ein Bauer, der in die Stadt wanderte, um sich eine neue Sense zu besorgen, seine Präferenzen von außen mitbrachte. Und daß der Wald, der nur zum geringsten Teil bewirtschaftet war, durch die Abholzung eines Baumes zwecks Energiegewinnung für die Eisenverarbeitung wirklich nur partiell beeinträchtigt wurde. Unter

<sup>10</sup> Diese Erkenntnis läßt sich sowohl durch streng immanenten Nachvollzug der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie (siehe z. B. Beckenbach, 1987) wie auch aus der Perspektive der Kritik der Politischen Ökonomie (z. B. Altvater, 1987) gewinnen.

hochindustrialisierten, hocharbeitsteiligen, hochverdichteten Bedingungen hingegen, ist die Produktion jedes Gutes mit einer Vielfalt von Konsequenzen auf beiden Input-Seiten des kapitalistischen Marktsystems verbunden: auf der Seite der Präferenzen durch die Entstehung von Verhaltensdispositionen (z. B. Gewöhnung an Fremdbestimmung, Bedürfnis nach kompensatorischem Konsum), auf der Seite der Natur durch Veränderungen in Boden, Wasser und Luft (z. B. irreversibler Ressourcenabbau, Verschmutzung, Erwärmung, Artenschwund). Die modelltechnisch motivierte Individualisierungs- und Parzellierungsstrategie des Theoretikers und die analoge Internalisierungsstrategie des Praktikers muß als gefährlicher Anachronismus bezeichnet werden, wenn die realen Effekte immer massiver aus allen Ecken und Enden des Marktsystems herausquellen. Insgesamt freilich folgt diese ökonomische Strategie nur dem mit der Neuzeit einhergehenden generellen Entwicklungsmuster des Wissenschaftsbetriebs, dem zunehmenden Zerlegen und Zurechtstutzen der Wirklichkeit nach praktischen Bedürfnissen.

#### Von der Idee zur Ideologie

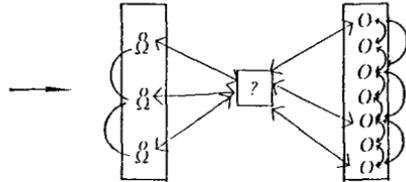
Die ursprüngliche Idee



unabhängige Präferenzen  
isolierter Individuen

vereinzelte  
Ressourcen

Die gegenwärtige und  
zukünftige Situation



abhängige Präferenzen  
sozialisierter Gesell-  
schaftswesen

vernetzte  
Ressourcen  
(Ökologie)

Gibt es eine Alternative zu diesem Erkenntnisverfahren? Seit mindestens 150 Jahren wird jenseits des herrschenden Paradigmas, aus unterschiedlichsten Positionen, eine wissenschaftliche Herangehensweise vorgeschlagen, die sich von nicht-individualistischen (z. B. die Historische Schule) und nicht-idealistischen Prämissen (z. B. die Kritik der Politischen Ökonomie, von Marx bis zur Kritischen Theorie) leiten läßt.

Letztere hält es für geboten, im Bemühen um Erkenntnis gesellschaftlicher Realität von den beiden unmittelbar empirisch zugänglichen Tatsachen auszugehen, daß Menschen einmal materielle Wesen sind, die auf den Stoffwechsel mit der Natur als ihrem "anorganischen Leib" angewiesen sind, zum anderen gesellschaftliche Wesen, die diesen Stoffwechselprozeß seit Beginn der Gattungsgeschichte mit Hilfe – wie auch immer gearteter – Kommunikation und Kooperation bewerkstelligen.

Da Natur und Gesellschaft in der Realität keine Rest-, sondern Ausgangsgrößen sind, dürfen sie auch im Erkenntnisprozeß nicht anders behandelt werden. Natur als Ausgangsgröße respektieren bedeutet: Die Analyse muß vom Bekannten zum Unbekann-

ten fortschreiten und zu allererst die "normative Kraft des Unausweichlichen", die ökologischen Gegebenheiten, zur Kenntnis nehmen, statt diese im nachhinein durch immer neue Externalitätsfeststellungen konzedieren und durch immer neue Internalisierungsmaßnahmen behandeln zu wollen. Zu diesen Gegebenheiten gehört zu allererst die Erschöpfbarkeit und Vernetztheit der Ressourcen sowie die ihnen je eigenen Stoffwechselgeschwindigkeiten, das Tempo der ökologischen Kreisläufe. Und Gesellschaft als Ausgangsgröße anerkennen heißt: Die Analyse muß auf jede Form der nicht-ganzheitlichen Erkenntnisgewinnung, des nicht-interdisziplinären Erkennens verzichten. Der Homo oeconomicus muß genauso begraben werden wie seine soziologischen, politischen und anderen Verwandten, der Mensch ist in seiner Totalität als soziales Wesen zu respektieren.

Eine solche alternative Methodologie böte eher Chancen, die Erkenntnis des Gesamtzusammenhangs des gegenwärtigen Umgangs der Gattung mit der Natur zu ermöglichen. Sie würde die Art und Weise dieses Umgangs als das charakterisieren, was es ist: als systematisch betriebene und sich fortwährend beschleunigende Verwandlung von Natur in Geld, als dadurch unausweichlich hervorgerufenes Auseinanderreißen der natürlichen Kreisläufe und Zu-Tode-Hetzen der Lebensgrundlagen. Sie würde prognostizieren, daß die Art und Weise dieses Umgangs mit der Natur dazu führt, daß lieber Kriege gegen die Eigentümer sich erschöpfender Ressourcen geführt werden, als mit diesen Eigentümern gemeinsam das Haushalten mit diesen Ressourcen auf unserem Globus zu planen. Ein solches Paradigma böte eine vertrauensweckendere Basis für den Entwurf langfristig praktikierbarer Handlungsregeln und Institutionen, die zum einen Naturgesetze wie Entropie und Evolution, zum anderen die Autonomie des Menschen, des heute wie des zukünftig lebenden, respektieren. Die Bandbreite solcher Institutionen reicht von zentralwirtschaftlichen, in denen "die Zentrale prinzipiell hervorragende Instrumente zur Verfügung (hat), Umweltprobleme zu bekämpfen oder gar nicht erst entstehen zu lassen"<sup>11</sup> (man denke etwa an das vom Umweltbundesamt als vorbildlich bezeichnete Rohstoffwiedergewinnungssystem in der ehemaligen DDR) bis hin zu einer dezentral-genossenschaftlichen, in ihrem Kern aber nicht marktwirtschaftlichen, sondern politischen Lösungen ökologischer Probleme. Jürgen Backhaus hat in seinem Beitrag über nicht-marktorientierte Instrumente der Umweltpolitik eine Fülle von Anregungen gegeben.

Ob diese Anstrengung gelingt, hängt nicht zuletzt von der gesellschaftlichen Durchsetzung des richtigen Zeithorizonts ab, wie Frederic Vester unlängst vermutete. So wie die Menschen einige hunderttausend Jahre gebraucht haben, bis der erste auf die verrückte Idee gekommen ist, Eßbares nicht zu essen, sondern zu hegen und zu pflegen, um sich später umso bequemer und sicherer ernähren zu können, so wie sich diese Fähigkeit zum Vorausplanen für einige Monate und Jahre also erst im Laufe der Gattungsgeschichte entfalten konnte, so müßten die Menschen aufgrund der erreichten instrumentellen Macht über die Natur jetzt ziemlich schnell auf die nächste Zeitstufe schalten, die nächsten Jahrzehnte und Generationen in ihre Pläne miteinkalkulieren. Das – menscheitsgeschichtlich betrachtet: erst vor kurzem entwickelte – Konkurrenzparadigma ist allem Anschein nach weder in seiner liberalen noch in seiner

<sup>11</sup> Wicke, 1989, S. 53.

ökosozial erweiterten Variante in der Lage, die Menschen soweit sehen zu lassen, erst recht nicht, diese Fernsicht zu fördern.

### Literaturverzeichnis

**Altwater, E.** (1987), Sachzwang Weltmarkt – Verschuldungskrise, gescheiterte Industrialisierung, ökologische Gefährdung, Hamburg.

**Beckenbach, F.** (1987), Möglichkeiten und Grenzen einer Ökologisierung der Ökonomie, in: Prokla, vol. 67, S. 55-70.

**Blättner, F.** (1970), Politische Ökonomie, in: **Görlitz, A.** (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München, S. 323-329.

**Cansier, D.** (1975), Ökonomische Grundprobleme der Umweltpolitik, Berlin, S. 9-15.

**Krippendorff, E.** (1985), Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt a. M.

**Forsthoff, E.** (1971), Der Staat der Industriegesellschaft, München.

**Offe, C.** (1972), Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: **Kress, G./Senghaas, D.** (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, S. 135-164, Frankfurt a. M.

**Offe, C.** (1990), Politik und die Probleme der Konsensbeschaffung, Vortrag auf der Tagung "Kommunikation und Konsens" der Sektion Soziologische Theorien der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Marburg.

**Reheis, F.** (1986), Konkurrenz und Gleichgewicht als Fundamente von Gesellschaft. Interdisziplinäre Untersuchung zu einem sozialwissenschaftlichen Paradigma, München-Berlin, S. 119-149.

**Ryll, A./Zimmermann, K.** (1989), Der rationierte Umweltschutz oder der diskrete Charme des Profitinteresses, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, vol. 40, S. 45-64.

**Vogt, W.** (1973), Zur Kritik der herrschenden Wirtschaftstheorie, in: ders. (Hrsg.), Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt a. M., S. 180-205.

**Wicke, L.** (1989), Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung, 2. vollst. überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage, München, S. 27-58.